

Dringender Handlungsbedarf: Gesetzgebungsverfahren zur THG-Quote unverzüglich abschließen

Die unterzeichnenden Verbände aus der Kraftstoffwirtschaft und der Biokraftstoffbranche fordern mit Nachdruck die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote (deutsche Umsetzung der RED III im Verkehr) nun schnellstmöglich abzuschließen.

Die erneute Verzögerung des parlamentarischen Prozesses – insbesondere das Ausbleiben der vorgesehenen zweiten und dritten Lesung – verschärft die ohnehin angespannte Lage der betroffenen Unternehmen erheblich. Die bestehende Unsicherheit führt zu erheblichen Marktverwerfungen und untergräbt das Vertrauen in verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Von zentraler Bedeutung ist für unsere Mitglieder, dass schnellstmöglich Rechtssicherheit bezüglich der vorgesehenen Abschaffung der Doppelanrechnung für fortschrittliche Biokraftstoffe hergestellt wird. Entscheidend ist insbesondere, dass der Wegfall der Doppelanrechnung rückwirkend zum 1. Januar 2026 erfolgt, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und Investitionsentscheidungen auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Viele Quotenverpflichtete haben im Vertrauen auf den Kabinettsbeschluss Ende vergangenen Jahres, der den Wegfall der Doppelanrechnung beinhaltete, bereits große Mengen Biokraftstoffe eingekauft. Sollte die rückwirkende Umsetzung ausbleiben, würden erhebliche Überdeckungen resultieren und insbesondere mittelständische Unternehmen durch hohe Verluste in ihrer Existenz bedroht werden.

Gleichzeitig wird die deutsche Biokraftstoffbranche seit Beginn des Jahres aufgrund des verzögerten Gesetzgebungsverfahrens und der dadurch bedingten Rechtsunsicherheit durch eine gravierende Kaufzurückhaltung im Markt belastet: Mittelfristige Abnahmeverträge bestehen kaum noch, der überwiegende Teil der deutschen Produktion muss mit Abschlägen am Spot-Markt verkauft werden. Hinzu kommen Belastungen durch die Folgen des Iran-Kriegs wie etwa stark steigende Methanolpreise.

Damit stehen unsere Mitglieder vor enormen Herausforderungen: Investitionen werden zurückgestellt, mittelständische Marktteilnehmer geraten unter Druck, und Arbeitsplätze sind gefährdet. In der aktuellen Lage die Verabschiedung des THG-Quotengesetzes weiter zu verzögern und die Wirksamkeit zum 01.01.26 zu riskieren, ist für die betroffenen deutschen Branchen maximal schädlich und daher unzumutbar sowie unverantwortlich.